

Abschlussbericht der Koalitionsarbeitsgruppe „Flexible Übergänge“

Weiterarbeiten in der Rente?

Es war ein Zugeständnis an den wirtschaftsliberalen Flügel von CDU/CSU: Damit das Rentenpaket im Bundestag die breite Zustimmung der Koalition erhielt, wurde zugleich die Einrichtung einer Arbeitsgruppe „Flexible Übergänge“ beschlossen. Nun liegt der Abschlussbericht vor.

Auftrag der Arbeitsgruppe war es, Ideen für ein „flexibleres Weiterarbeiten bis zum Erreichen der Regelaltersgrenze“ sowie für ein „attraktives Weiterarbeiten“ darüber hinaus zu erarbeiten. Doch während echte Optionen für abgesicherte Übergänge vor Erreichen der Regelaltersgrenze im Abschlussbericht weitgehend fehlen, zielen diverse Vorschläge darauf, höhere Anreize für ein Weiterarbeiten im Rentenalter zu schaffen - was den Druck am Arbeitsmarkt erhöhen und den Sozialkassen finanzielle Mittel entziehen würde.

Flexi-Rente erhöht Druck am Arbeitsmarkt

Bereits mit dem Rentenpaket 2014 wurde bei Beschäftigung jenseits der Regelaltersgrenze die Befristung erleichtert. Nun soll der nächste Schritt folgen, um eine arbeits- und sozialrechtliche Sonderzone jenseits der Regelaltersgrenze zu etablieren. Die Arbeitgeberbeiträge zur Arbeitslosenversicherung sollen entfallen, Arbeit von Rentnern würde im Vergleich zu jüngeren Arbeitskräften billiger. Das kann nicht die nachhaltige Antwort für die Fachkräftesicherung sein.

Anders bei der Rentenversicherung: Hier sollen die Beiträge für Beschäftigte jenseits der Regelaltersgrenze, die derzeit nur die Arbeitgeber zahlen müssen, rentensteigernd wirken, wenn die Arbeitnehmer sich mit eigenen



Beiträgen beteiligen. Was als Anreiz für längeres Arbeiten verkauft wird, könnte für immer mehr Menschen zur bitteren Notwendigkeit werden, um im Alter über die Runden zu kommen.

Erweiterte Renteninformation – offene Fragen

Vorgeschlagen wird, die jährliche Renteninformation um Hinweise zu ergänzen, welche Vorteile ein Hinausschieben des Rentenbeginns über die Regelaltersgrenze hinaus haben kann oder welche Konsequenzen die vorzeitige Inanspruchnahme von Altersrenten hat. Was nach mehr Transparenz klingt, folgt einem bekannten Muster: Die Information mit der Rentenprognose soll genutzt werden, um die Position der Wirtschaftslobby in die Köpfe der Menschen zu transportieren: „Arbeite länger und Sorge privat vor, dann kannst du das sinkende Rentenniveau ausgleichen“. Aber was sollen die Beschäftigten in der Realität eigentlich

machen, wenn sie nicht mehr können – es sich aber eigentlich gar nicht leisten können, in Rente zu gehen? Solche Fragen bleiben unbeantwortet.

Undurchsichtige Teilrente

Union und SPD glauben, dass viele Beschäftigte parallel zu einer vorgezogenen Altersrente hinzuverdienen wollen oder vielmehr: müssen. Daher soll es leichter werden, eine Teilrente zu beziehen und diese durch mehr Hinzuverdienst aufzustocken. Derzeit gelten starre Hinzuverdienstgrenzen, sodass bei Überschreiten der Verdienstgrenze um nur einen Cent die (Teil-)Rente auf die jeweils niedrigere Stufe (2/3-, 1/2- oder 1/3-Teilrente) oder komplett gekürzt wird. Zukünftig soll die Grenze von 450 Euro bei einer vorgezogenen Vollrente zunächst beibehalten, die übrigen Hinzuverdienstgrenzen aber flexibilisiert werden. Von jedem Euro, den man über 450 Euro hinaus verdient, sollen 40 Prozent auf die Rente

angerechnet werden, die sich entsprechend verringert. Darüber hinaus wird die Umstellung von monatlicher auf Jahresdurchschnittsbetrachtung vorgeschlagen.

Ob so tatsächlich Verbesserungen für die Beschäftigten erreicht werden, ist fraglich. Die Teilrente bliebe kompliziert und die Folgen einer Inanspruchnahme nicht zuletzt wegen der lebenslang wirkenden Abschläge undurchsichtig. Daher sind in jedem Fall flankierende Maßnahmen zum Ausgleich der Abschläge notwendig.

Lichtblick Abschlagsausgleich?

Schon heute ist es möglich, drohende Rentenabschläge durch zusätzliche Beiträge auszugleichen. Allerdings geht das erst ab 55 Jahren und nur durch den Arbeitgeber in einer Summe. Vorgeschlagen wird nun, Zusatzbeiträge bereits mit 50 Jahren zu ermöglichen – und zwar auch in Teilzahlungen sowie auch durch die Versicherten selbst. Hier könnte eine sinnvolle Alternative zur gescheiterten Riester-Rente entstehen. Statt an unsicheren Kapitalmärkten den Lücken bei der Rente hinterhersparen zu müssen, könnten zusätzliche Anwartschaften in der gesetzlichen Rentenversicherung aufgebaut werden. Ob dies gelingt, hängt aber letztlich vom konkreten Umsetzungsvorschlag ab.

Riskanter Gesundheitscheck

In einem Modellversuch soll Beschäftigten im Alter von 45 und 46 Jahren ein berufsbezogener Gesundheitscheck durch die Rentenversicherung angeboten und so der Präventionsgedanke in kleinen und mittleren Betrieben gestärkt werden. Nach einer Untersuchung mit Gefährdungs- und Potenzialanalyse soll

ermittelt werden, ob Qualifizierungsbedarf besteht oder gar ein alternativer Arbeitsplatz vermittelt werden sollte. Das könnte sich zu einem gefährlichen Bumerang entwickeln. Statt den Arbeitsplatz nach den Bedürfnissen des Beschäftigten alters- und altersgerecht zu gestalten, könnte der Arbeitgeber auch mit der Suche nach alternativen Fachkräften reagieren.

Zwangsverrentung soll seltener werden

Wer Hartz IV bezieht, kann heute grundsätzlich ab 63 Jahren zum Rentenantrag gezwungen werden – selbst wenn die Rente dann lebenslang durch Abschläge gekürzt wird. Hier sind leichte Verbesserungen angedacht: Ist die Rente niedriger als der Grundsicherungsbedarf, sollen die Jobcenter Hartz IV-Empfänger nicht mehr in die Rente zwingen können. Allerdings bleibt man auf halber Strecke stehen: Wer höhere Rentenanwartschaften aufgebaut hat, aber am Ende des Erwerbslebens in Langzeitarbeitslosigkeit abstürzt, soll weiterhin zwangsverrentet werden können.

IG Metall: Solidarische Alterssicherung neu aufbauen

Bei allen Punkten handelt es sich zunächst um Vorschläge. Es ist völlig unklar, wie die Regierung damit nun verfährt. Sollte sie die Anregungen weitgehend so umsetzen, droht nach dem richtigen Schritt mit dem Rentenpaket bereits kurze Zeit später ein Impuls für prekäre Arbeitsbedingungen im Alter. Statt weitgehend wirkungslose Vorschläge für flexiblere Übergänge vor Erreichen der Regelaltersgrenze sollte besser das Instrument der Altersteilzeit gestärkt und tarifliche Übergangslösun-



„Statt Brücken in den abgesicherten Ruhestand zu bauen, soll mit der ‚Flexi-Rente‘ möglichst billige Altenarbeit bis ins hohe Alter befördert werden. Dadurch droht eine weitere Zone prekärer Arbeit und Ältere werden gegen Jüngere ausgespielt.“

HANS-JÜRGEN URBAN
geschäftsführendes
Vorstandsmitglied
der IG Metall

gen mit öffentlichen Mitteln gefördert werden. Und statt Fehlanreize für ein Weiterarbeiten bis ins hohe Alter zu setzen und so den Leistungsrückgang bei der gesetzlichen Rente zu rechtfertigen, muss das Rentenniveau wieder deutlich angehoben werden, um eine angemessene Lebensstandardsicherung im Alter zu gewährleisten. Daher wird die IG Metall ihre erfolgreiche Kampagne „Gute Arbeit – gut in Rente“ fortsetzen und sich für den Neuaufbau einer solidarischen Alterssicherung engagieren.

Impressum

Herausgeber
IG Metall Vorstand, Funktionsbereich Sozialpolitik
60519 Frankfurt am Main

Verantwortlich
Hans-Jürgen Urban

Redaktion
Christoph Ehlscheid, Angelika Beier,
Stefanie Janczyk, Thomas Krischer, Dirk Neumann
Gestaltung
Warenform

Das SOPOINFO kann direkt per Mail bezogen werden. Zur Aufnahme in den E-Mailverteiler bitte eine kurze Mail senden an:

agnes.stoffels@igmetall.de.

Abbestellung bitte ebenfalls per Mail an diese Adresse.